

2 april 1959

U 3183/59 - C 46 - P4/PS9.

PA 968017
16/4
GEHEIN

Land: Het Oostblok.

Onderwerp: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Referenties:

Datum van
waarneming: Medio maart 1959.

Bron: Betrouwbaar, met goede contacten in Poolse politieke
kringen.

Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr L.J.M. BEEL
Minister-President

Plein 1813 no. 4

's-GRAVENHAGE.

GEHEIM

Ostblock

RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE

Für die anlässlich des XXI. Parteitages in Moskau versammelten Partei- und Regierungsdelegationen, wurde eine Sondersitzung des obersten Comecon-Rates einberufen. An ihr hat auch CHRUSCHTSCHEW teilgenommen. Unter Androhung, dass die Sowjet-Union die politischen Ziele bzw. Interessen dieser Länder gegenüber den kapitalistischen Staaten nicht mehr in der bisherigen Weise unterstützen wird, wie auch die Sowjet-Union dann auch jede Wirtschaftshilfe auf das Mindestmass drosseln würde, falls nicht in absehbarer Zeit zu einer wesentlich besseren und schnelleren Spezialisierung und Kooperierung der Ostblockwirtschaft, so wie sie die gemeinsam gefassten Comecon-Beschlüsse vorschreiben, kommen wird.

Den Ländern, die eine im Rahmen des Comecon vereinbarte Spezialisierung ihrer Wirtschaft verschleppen, wurde in Aussicht gestellt, dass sie dann sich die Führung der wichtigsten Betriebe in ihrem Land durch die besonderen Kommissionen des Comecon gefallen lassen müssen. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass wenigstens die wichtigsten Betriebe ihre Aufgaben erfüllen und so für die Gemeinsame Sache des Kommunismus im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten gesichert werden.

CHRUSCHTSCHEW empfahl dann die Gründung von gemeinsamen Einkaufsausschüssen, um eine Verdoppelung der Ausgaben in der westlichen Welt zu vermeiden. Die Ausschüsse, die jetzt zwischen Polen und der CSR und Polen und der Ostzone auf einzelnen Gebieten gegründet wurden, sollen zunächst nur diejenigen Gebiete umfassen, wo eine Zusammenarbeit zweier oder mehrerer Comecon-Länder an der Fertigung bestimmter Objekte vereinbart worden ist. Nach aussen hin werden diese Ausschüsse nicht in Erscheinung treten. Es

wird nämlich vorher im Ausschuss die Einkaufspolitik festgelegt, die dann von jedem Land selbständig ausgeführt wird.

Obwohl nach der erfolgten Reorganisierung der Industrie, die in vergangenen Jahren erfolgt ist, die Eisen- und Stahlerzeugung sich erhöhen konnte, wurde im Verlauf der Aussprache auf die doch ungenügende Eisen- und Stahlerzeugung im Hinblick auf die zu hohen Zuwachsraten der Maschinenbauindustrie hingewiesen. Einzelne Vorschläge, die Zuwachsraten der Maschinenbauindustrie zu senken, wurden jedoch abgelehnt. Es wurde daraufhin beschlossen, diese Lücken aus der westlichen Welt zu schliessen. Beim Einkauf von Stahl- und Stahlerzeugnissen aus dem Westen - dieser Einkauf muss vorher in den erwähnten Einkaufsausschüssen besprochen werden - soll im Notfalle von den üblichen Kompensationsgeschäften (Kopplungsgeschäften) abgegangen werden und die Einkäufe der Basis der mittel- und langfristigen Kredite vorgenommen werden. Jedoch die Geschäftsbeschlüsse auf der Basis der kurzfristigen Kredite sind weiterhin unerwünscht.

Die erwähnten Einkäufe werden sich in erster Linie auf Fein- und Mittelbleche, sowie auf Stahlprofile für die Fertigung von Grossanlagen, wie auch auf für die Produktion von Dampf- und Elektroturbinen (hierfür kommen auch Kurbelwellen, Nockenwellen sowie Pleuelstangen in Frage) konzentrieren.

Es wurde ferner beschlossen, die kommunistische Bezeichnung für Comecon (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) nicht mehr im Zusammenhang mit dem Aussenhandel zu nennen, um die westlichen Kaufleute gegen den Osthandel nicht noch mehr misstrauisch zu machen.

Ein Gesprächspartner meinte, dass die Bildung einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone zu einem grossen Aufschwung des Ost-Westhandels nach sich ziehen würde. Die Vorstufen (im Falle einer Konföderation) zur Wiedervereinigung Deutschlands würden dann zwangsläufig über eine kulturelle und wirtschaftliche Annäherung der beiden Staaten abgewickelt werden. Die DDR hat nämlich aufgrund der grossen wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber dem sozialistischen Lager die Möglichkeit der Aufnahme derjenigen Erzeugnisse in beinahezu unbeschränktem Umfang, die heute in Westdeutschland nur schlecht verkauft werden können. Gemeint waren die Steinkohle und die Stahl- und Walzwerk-Erzeugnisse.

Tweede helft maart 1959.